

Priller, Eckhard

Book Part — Digitized Version

Zum entstehenden Nonprofit-Sektor in den neuen Bundesländern

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Priller, Eckhard (1993) : Zum entstehenden Nonprofit-Sektor in den neuen Bundesländern, In: Wolfgang Seibel, Arthur Benz, Heinrich Mäding (Ed.): Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung, ISBN 3-7890-2744-8, Nomos, Baden-Baden, pp. 257-267

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122754>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Zum entstehenden Nonprofit-Sektor in den neuen Bundesländern

Eckhard Priller

1. Vorbemerkung

Die neuen Bundesländer und das geeinte Berlin stehen nach dem Zusammenbruch der DDR vor großen sozialen Herausforderungen. Das Angebot an und der Zugang zu öffentlichen und halböffentlichen Gütern und Dienstleistungen, angefangen von den Bereichen der Bildung über die Kultur bis zu den sozialen Sicherungen, hat sich grundlegend verändert bzw. ist in der Veränderung begriffen. Soziale Sicherungs- und Dienstleistungssysteme sind zu reaktivieren, zu modifizieren oder neu aufzubauen. Das vollzieht sich unter völlig veränderten sozialpolitischen, rechtlichen, finanziellen und administrativen Rahmenbedingungen. Neben dem staatlichen Wirken erhalten die Eigenaktivität und Mitgestaltung der Bürger in diesem Zusammenhang einen neuen Stellenwert. Sie werden nicht nur in höherem Maße gefordert, sondern ihnen stehen gleichzeitig umfangreiche Möglichkeiten und Bedingungen offen. Wie diese neuen Gestaltungsräume genutzt und die Herausforderungen angenommen werden, entscheidet mit über die soziale Gestaltung der Gesellschaft und die Bewältigung der gravierenden sozialen Probleme. Nicht zuletzt ist die Gründung und die Arbeit von freien (gemeinnützigen) Organisationen sowie die Mitwirkung der Menschen in ihnen ein wichtiger Gesichtspunkt der Demokratieentwicklung und -gestaltung.

Der Nonprofit-Sektor beschreibt den Bereich zwischen Markt und Staat. Er beinhaltet das gesamte Spektrum jener Organisationen, die als Vereine, Verbände, gemeinnützige Unternehmen, Stiftungen, Wohlfahrtsorganisationen etc. eine große Bandbreite von Organisationstypen umfassen und die angefangen von sozialen Hilfsdiensten über Kultur und Bildung bis zur Interessenwahrnehmung und Aktivitäten bestimmter Gruppen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wirksam werden. Der bislang wenig verbreitete und teilweise noch mit definitorischen Unsicherheiten behaftete Begriff des Nonprofit-Sektors¹ soll im folgenden Beitrag weitgehend mit

¹ Zur Definition des Begriffs verwendet *Anheier* folgende vier Grundmerkmale zur Kennzeichnung von Organisationen des Nonprofit-Sektors: Sie bieten öffentliche oder halböffentliche Güter und Dienstleistungen an (Bereitstellung von Dienstleistungen). Über-

dem bereits stärker etablierten Begriff »gemeinnützige Leistungsträger« gleichgesetzt werden. Zum Teil findet auch der Begriff des »Dritten Sektors«² Verwendung. Obwohl diese drei Begriffe nicht völlig identisch sind und die Spezifik einer Betrachtung dieses Sektors in der ehemaligen DDR – unter anderem durch die starke Vermischung politischer Zielstellungen und das gleichzeitige Anbieten von öffentlichen oder halböffentlichen Dienstleistungen und Gütern durch diese Organisationen – die Betrachtung noch erschwert, soll an dieser Stelle auf eine umfassende definitorische Präzisierung verzichtet werden.

2. Zum »Nonprofit-Sektor« in der ehemaligen DDR

Die Neuprofilierung des Nonprofit-Sektors in der ehemaligen DDR vollzieht sich auf dem Hintergrund der Entwicklung der letzten 40 Jahre sowie den grundlegend veränderten Bedingungen und spezifischen Anforderungen der Gegenwart. Der Nonprofit-Sektor der ehemaligen DDR bzw. das, was man bei aller definitorischen Unschärfe darunter verstehen könnte, war durch eine Vereinnahmung durch den Staat und die SED als Staatspartei gekennzeichnet. Das ist bis auf wenige Ausnahmen – als solche wären z.B. die im Rahmen der Kirche geleistete Arbeit der Diakonie und Caritas zu nennen – charakteristisch für den gesamten Bereich. Die weitgehende Kontrolle und Einflußnahme wurde vor allem über die Auswahl personeller Führungskräfte der Organisationen, durch Entscheidungsbefugnisse über die Gewährleistung erforderlicher finanzieller Zuwendungen und durch den Zugang sowie die Bereitstellung von materiellen Ressourcen – unter den Bedingungen der Plan- und Mangelwirtschaft ein besonders wichtiger Gesichtspunkt – gesichert. Zentralismus und Planwirtschaft prägten auch den Nonprofit-Sektor in Ostdeutschland. Als charakteristische Merkmale, an denen sich dies zeigte, sind folgende zu nennen:

- Zwischen den einzelnen Organisationen bestand eine recht genaue Abgrenzung in den Zuständigkeiten und in der Verteilung der Aufgaben. Konkurrenz zwischen einzelnen Organisationen konnte (bis auf Aus-

schüsse werden nicht an Eigentümer oder deren Äquivalente verteilt (Nonprofit-Status). Die Organisationen werden durch freiwillige Entscheidung und Initiative der Mitglieder oder des Vorstandes gegründet, betrieben und aufgelöst (Freiwilligkeit). Nonprofit-Organisationen basieren häufig auf einem Wertesystem ideologischer und religiöser Überzeugungen (Wertrationalität). *Helmut K. Anheier*: Zur internationalen Forschung über den Nonprofit Sektor: Themen und Ansätze, in: *Journal für Sozialforschung* 30 (1990), S. 163 – 180.

- 2 Vgl. *Wolfgang Seibel*: Gibt es einen Dritten Sektor? Ein Forschungsüberblick, in: *Journal für Sozialforschung* 30 (1990), S. 181 – 188 und *Christoph Reichard*: Der Dritte Sektor, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, 1988, Heft 9, S. 363 f.

nahmen durch die Arbeit kirchlicher Organisationen) im Prinzip nicht auftreten.

- Mit der Abschaffung der Länderstrukturen 1952 wurden auch in den meisten Organisationen zentralistische Strukturen durchgesetzt. Ihr organisatorischer Aufbau umfaßte in der Regel die Zentrale (zumeist in Berlin), die Bezirksebene, die Kreisebene, und die Orts- bzw. Betriebsebene.
- Der Staat war oft eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Finanzquelle der Organisationen. Im Rahmen der staatlichen Planung wurde im wesentlichen über die materiellen Ressourcen der Organisationen entschieden. Das betraf u.a. Kontingente bei der Bereitstellung von Kraftfahrzeugen, Büroeinrichtungen und anderen für die Tätigkeit der Organisationen benötigten Hilfsmitteln.
- Die Organisationen selbst paßten sich in ihrer Arbeit durch Vorgaben, bürokratisch verfestigte Strukturen und den Mechanismus des Angebots und der Verteilung von Gütern und Leistungen an das Planungssystem an.

Der Nonprofit-Sektor in der DDR wurde vor allem durch Massenorganisationen, Verbände, Vereinigungen, Gesellschaften, Genossenschaften, Komitees und Ligen bestimmt. Der weiteren Forschungsarbeit obliegt es, eine spezielle Typologie für diese Organisationen hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zum Nonprofit-Sektor zu entwickeln, die sowohl ihre Spezifik als politische und gleichzeitig Nonprofit-Organisationen aufhebt. 1985 wurden über 80 dieser Organisationen ausgewiesen³, die teilweise über mehrere Millionen Mitglieder hatten.⁴ In Anbetracht ihres »Massencharakters« stellten diese Organisationen einen festen Bestandteil des politischen und sozialen Systems dar. Die Bürger sollten durch die Mitgliedschaft in den verschiedenen Massen- und gesellschaftlichen Organisationen, die sich mehr oder weniger zu einer gesellschaftlichen Norm entwickelte und nicht einer Freiwilligkeit im eigentlichen Sinne des Wortes entsprach, in das System integriert werden.

Trotz der ideologischen Ausrichtung der Organisationen - in diesem Zu-

3 Vgl. Handbuch gesellschaftlicher Organisationen in der DDR, hrsg. von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Berlin 1985.

4 Im Statistischen Jahrbuch der DDR (1989) wurden für 1988 im Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) 3,7 Millionen Mitglieder ausgewiesen. Es bestanden 10 674 Sportgemeinschaften. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) hatte 6,4 Millionen Mitglieder, der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) 1,5 Millionen Mitglieder, die Volkssolidarität 2,2 Millionen Mitglieder, der Verband der Konsumgenossenschaften 4,6 Millionen Mitglieder, der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) über 1 Million Mitglieder, der Kulturbund der DDR 0,3 Millionen Mitglieder. Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1989, herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1989.

sammenhang wurde von der »politischen Einheit von sozialistischem Staat und gesellschaftlichen Organisationen und des sich vertiefenden Zusammenwirkens bei der Lösung staatlicher und gesellschaftlicher Aufgaben, insbesondere bei der volkswirtschaftlichen Leistungssteigerung, sowie der Befriedigung der Interessen der Bürger«⁵ gesprochen - dürfen die teilweise beachtlichen Leistungen, die für die Bürger durch einzelne der Organisationen erbracht wurden, nicht unberücksichtigt bleiben. Das traf nicht nur für die sogenannten Massenorganisationen, sondern ebenfalls für Berufsverbände oder wissenschaftliche Gesellschaften zu. Zum Beispiel gliederte sich der Verband der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften⁶ in sechs Dachgesellschaften. In ihnen waren 69 zentrale medizinisch-wissenschaftliche Fachgesellschaften und 13 selbständige regionale Vereinigungen zusammengefaßt. Die zentralen Fachgesellschaften untergliederten sich in 360 Sektionen und Arbeitsgemeinschaften sowie 160 regionale Gesellschaften. Mitglieder der Gesellschaften waren Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Natur- und Gesellschaftswissenschaftler sowie medizinische Fachschulkader. Ihre Zahl (einschließlich der Doppelmitgliedschaften) belief sich zum Jahresende 1988 auf über 71 000 - zum Vergleich: 1988 gab es in der DDR rund 41 500 Ärzte, fast 13 000 Zahnärzte und über 4 300 Apotheker. Die Tätigkeit der verschiedenen Dach-, Fach- und Regionalgesellschaften wurde durch einen Koordinierungsrat ausgerichtet. Schwerpunkte der Tätigkeit der medizinischen-wissenschaftlichen Gesellschaften waren die Vorbereitung und Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen (1988: 85 nationale wissenschaftliche Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung, 8 internationale wissenschaftliche Veranstaltungen, mehrere hundert nationale und regionale Symposien, Arbeitstagungen und Fortbildungsveranstaltungen) zu Problemen der medizinischen Forschung, der gesundheitlichen Betreuung in der DDR und internationalen Vergleichen. Der erreichte Organisationsgrad und das Leistungsspektrum einzelner Organisationen hat wesentlich dazu beigetragen, daß diese nach den Veränderungen von 1989/90 weiter bestanden, zwar Verluste in der Mitgliedschaft und den Leistungen verzeichneten, sich jedoch konsolidiert haben und den Nonprofit-Sektor in den neuen Bundesländern gegenwärtig wesentlich mitbestimmen. Das trifft unter anderem für solche Organisationen wie die Volkssolidarität, das Deutsche Rote Kreuz oder den Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter zu. Beispielsweise ging die Anzahl der Volkssolidaritäts-Mitglieder auf rund eine Million und damit auf weniger als die Hälfte im Vergleich zu 1988 zu-

5 Vgl. Handbuch gesellschaftlicher Organisationen in der DDR (FN 3), S. 1.

6 Vgl. Das Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik 1989, herausgegeben vom Institut für Medizinische Statistik und Datenverarbeitung, Berlin 1989, S. 327.

rück. Von den 45 000 Hauswirtschaftspfegerinnen dieser Organisation, die 1990 zur Aufrechterhaltung des Haushalts und der Versorgung und Betreuung von über 87 000 pflegebedürftigen und älteren Menschen tätig waren, sind in diesem Jahr noch 21 000 übrig geblieben. Halbiert hat sich auf Grund der höheren Preise (früher 50 Pfennig bis 1 Mark pro Essen) die Teilnahme pflegebedürftiger und älterer Menschen am gemeinsamen Mittagstisch bzw. an der häuslichen Mittagessenversorgung. Die Anzahl der Klubs und Treffpunkte der Volkssolidarität hat sich von 900 auf 500 reduziert. Dennoch konnte die Volkssolidarität mit ihren 10 000 Ortsgruppen und den vielen ehrenamtlichen Helfern wesentliche Betreuungsaufgaben weiter wahrnehmen.

3. *Der Nonprofit-Sektor während und nach der Wende*

Der Zusammenbruch der DDR führte auch im Nonprofit-Sektor zu enormen Veränderungen. Die vordergründig politisch ausgerichteten Massenorganisationen wie der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Pionierorganisation verloren ihre Existenzberechtigung, lösten sich auf oder begründeten faktisch einen Neuanfang. Andere Organisationen wie die Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) oder der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) blieben zwar bestehen und änderten weitgehend ihre Programmatik, verloren indes weitgehend ihre Mitglieder und ihre Bedeutung. Ein großer Teil der Organisationen (z.B. Sport- und Berufsverbände) fusionierte mit entsprechenden Organisationen der Bundesrepublik. Eine besonders dynamische Entwicklung setzte bei der Neugründung von Vereinen, Verbänden, Gesellschaften und anderen Organisationen ein. Durch den Runden Tisch wurde noch 1989 eine Arbeitsgruppe gebildet, die unter anderem den Auftrag hatte, ein Vereinigungsgesetz zu erarbeiten. Der vorgelegte Gesetzentwurf wurde von der Volkskammer am 21. Februar angenommen.⁷ Damit wurde der rechtliche Rahmen für eine Forderung des Herbstes 1989, daß die Bildung von Vereinen frei ist und keiner Genehmigung bedarf, erfüllt.

Seit der Vereinigung im Oktober 1990 sind für diesen Bereich die entsprechenden Gesetzgebungen der alten Bundesrepublik gültig.

Für die Wertung der einsetzenden Entwicklungen auf dem Nonprofit-Sektor dürfte es von Interesse sein, wie die Position der Bürger zu diesem gesellschaftlichen Bereich ausgeprägt ist. Im Folgenden soll deshalb auf einige empirische Befunde aus soziologischen Erhebungen des Jahres 1990 eingegangen werden, die Auskunft darüber geben können, welches Verhältnis die

⁷ Vgl. Richard Mand/Stefan Poppe: *Rund um den Verein*, Berlin 1990, S. 10.

ehemaligen DDR-Bürger zur Bildung von Vereinen haben, welchen Raum und welche Aufgaben sie diesen zuordnen und in welchem Maße sie ehrenamtlich tätig sind.

Eine erste, in diesem Zusammenhang zu berücksichtigende Frage, betraf die Einordnung der Bildung von Vereinigungen in das Demokratieverständnis der ehemaligen DDR-Bürger im Januar 1990.⁸

Es wurde gefragt:

Was gehört Ihrer Meinung nach zur Demokratie in einem Land?

Tabelle 1: Bildung von Vereinigungen im Demokratieverständnis

		- Bildung von Vereinigungen
Antworten:	ja	72,8 %
	nein	5,5 %
	weiß nicht	15,0 %
	keine Antwort	6,7 %

		100 %

Die Antworten zeigen, daß zwei von drei Befragten trotz der Enttäuschungen, die sie als Mitglieder oder durch die unzureichende Interessenvertretung und Arbeit von Organisationen der DDR erfahren hatten, diesen einen festen Platz im Demokratieverständnis beimaßen. Einer »Organisationsmüdigkeit« folgte demnach nur ein kleiner Teil der Befragten. In den Altersgruppen über 45 Jahre war der Anteil jener, die mit »ja« antworteten, geringfügig größer; der Anteil in den jüngeren Altersgruppen war nicht nur geringer, sondern auch der Anteil jener, die mit »weiß nicht« antworteten, lag in diesen Altersgruppen über dem Durchschnitt.

In den Antworten bestanden zwischen Frauen und Männern deutliche Unterschiede. Der Anteil der Frauen, die die »Bildung von Vereinigungen« zur Demokratie zugehörig betrachteten, war um fast 10 Prozentpunkte geringer; der Anteil der Frauen, die mit »ich weiß nicht« antworteten, lag ebenfalls über dem der Männer.

Die Daten einer zweiten Fragestellung zeigen, daß die Bürger der DDR 1990 hohe Erwartungen - vor allem im sozialen Bereich - an den Staat hat-

⁸ Die Daten sind Resultate aus der Befragung »Leben in der DDR '90«, die im Januar 1990 durch das Institut für Soziologie und Sozialpolitik in den Bezirken Leipzig, Potsdam und Schwerin durchgeführt wurde. In die Erhebung wurden rund 1500 Personen einbezogen.

ten. Der Gewerkschaft und der Kirche wurde ebenfalls ein beachtlicher Stellenwert beigemessen. Die Verantwortung anderer Organisationen wurde hingegen nur als gering angesehen.

Es wurde gefragt:

Wer sollte sich nach Ihrer Meinung in der DDR für folgendes vor allem zuständig fühlen?

Tabelle 2: Zuständigkeiten für Aufgaben und Leistungen der Gesellschaft

	Staat	Gewerkschaft	Kirche in %	jeder für sich selbst	andere
Betreuung u. Hilfe für Behinderte bzw. Problemgruppen	68,8	6,0	12,0	0,3	2,6
Hilfe für alte Menschen	72,1	6,5	8,8	0,5	2,1
Betreuung Kinderreicher	72,9	7,7	1,4	7,5	1,6

Nach Angaben aus dem Wohlfahrtssurvey 1988⁹ lag der Anteil der Bundesbürger, die den Staat als zuständig für entsprechende Bereiche ansahen, wesentlich unter diesen Werten. Die Verantwortung des Staates für die Betreuung und Hilfe für alte Menschen hielt nur jeder zweite Befragte für wünschenswert, während 40 Prozent Gruppen und gesellschaftliche Einrichtungen als zuständig ansahen.

Drittens soll auf Daten zur ehrenamtlichen Tätigkeit eingegangen werden.

Es wurde gefragt:

Üben Sie eine ehrenamtliche Funktion aus?

Tabelle 3: Ausübung ehrenamtlicher Funktionen

Antworten:	ja	20,9 %
	nein	74,3 %
	keine Antwort	4,8 %

		100 %

⁹ Vgl. Datenreport 1989, hrsg. v. Statistisches Bundesamt, Bonn 1989, S. 551.

Damit gab jeder fünfte Bürger im Januar 1990 an, ehrenamtlich tätig zu sein.

Nach Altersgruppen betrachtet, waren die 46- bis 60jährigen am stärksten ehrenamtlich aktiv; fast jeder dritte Befragte diese Altersgruppe gab eine entsprechende Antwort. Die geringsten Beteiligungswerte verzeichnete die Altersgruppen von 18 bis 25 Jahre - hier war nicht einmal jeder zehnte Befragte ehrenamtlich tätig - und die Altersgruppe über 60 Jahre, deren Werte wenig über 10 Prozent lagen.

Der Anteil der Frauen, die eine ehrenamtliche Funktion ausübten, lag deutlich unter dem Anteil der Männer. Zu berücksichtigen ist allerdings in diesem Zusammenhang, daß der Begriff »ehrenamtliche Funktion« in der DDR einen spezifischen Bedeutungsinhalt verkörperte und zumeist auf die Ausübung ehrenamtlicher Wahlfunktionen beschränkt wurde.

Schließlich ist viertens ein Vergleich der ehrenamtlichen Tätigkeit in der DDR und der Bundesrepublik von Interesse. Für Aussagen zur Ausübung von ehrenamtlichen Tätigkeiten können aus der im Juni 1990 durchgeführten Untersuchung »Das Sozio-ökonomische Panel«¹⁰, die repräsentativ für die Privathaushalte sowie die 16jährigen und älteren Personen in der DDR ist (es wurden insgesamt über 4400 Personen befragt), Ergebnisse verwendet werden. Diese sind auf Grund der Methodik und Fragestellung, die bereits 1988 in der Bundesrepublik Verwendung fanden, für Vergleiche besonders geeignet.

Der prozentuale Anteil jener, die in der DDR und der Bundesrepublik ehrenamtlich tätig waren, unterscheidet sich nach diesen Angaben nicht wesentlich.

Die Betrachtung nach Alter und Lebensphasen weist allerdings auf einige deutliche Unterschiede hin. So bleibt der Anteil der Jugendlichen in der DDR, die angaben, eine ehrenamtliche Tätigkeit auszuüben, weit hinter dem Anteil der Jugendlichen in der Bundesrepublik zurück. Die Aktivität der Befragten in Haushalten mit bereits erwachsenen Kindern erreichte hingegen in der DDR ein im Vergleich zur Bundesrepublik beachtlich höheres Niveau.

10 Das Sozio-ökonomische Panel wird seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in der Bundesrepublik als Wiederholungsbefragung von z.Z. 4500 Haushalten mit 10.000 Befragten durchgeführt (Vgl. Das Sozio-ökonomische Panel für die Bundesrepublik Deutschland nach fünf Wellen, in: DIW, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/1990, S. 141 - 159). Die DDR-Basiserhebung wurde vom DIW zusammen mit der Forschungsgruppe Sozialindikatoren/Sozialstatistik des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik und der Arbeitsgruppe »Sozialberichterstattung« des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) konzipiert.

Tabelle 4: Ausübung von ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten in der DDR im Juni 1990 und Vergleich zu Werten in der Bundesrepublik 1988:

	Anteil derer, die angaben, ehrenamtlich tätig zu sein in %	
	DDR	Bundesrepublik
Insgesamt	25,9	25,0
Geschlecht:		
- Männer	32,2	31,4
- Frauen	20,3	19,3
Alter/Lebensphase:		
- Jugendliche/Junge Erwachsene 16-24 Jahre	19,0	26,8
- Singles 25-49 Jahre	22,9	23,3
- Paare ohne Kinder 25-49 Jahre	28,4	25,7
- Familien (mit Kindern bis 15 Jahre) 25-49 Jahre	31,0	29,4
- Familien (mit Jugendlichen/ Erwachsenen) 25-49 Jahre	41,6	34,1
- Jungsenioren 50-64 Jahre	26,1	27,1
- Ruheständler 65 Jahre und älter	14,4	15,3

Quelle: DIW, Basisbefragung 1990 in der DDR und Welle 5(1988) in der Bundesrepublik des Sozio-ökonomischen Panels

4. Zu den gegenwärtigen Tätigkeitsbereichen, Bedingungen und der Struktur der Organisationen des Nonprofit-Sektors

Ein aktueller Überblick zum Nonprofit-Sektor in den neuen Bundesländern kann gegenwärtig nur schwerlich gegeben werden. Einerseits fehlen entsprechend fundierte Forschungen, die sich dieser Thematik widmen, andererseits führt die gegenwärtige Situation zu ständiger Bewegung und Veränderungen auch auf diesem Gebiet. Zwar ist die Zeit der Fusionierung von Organisationen mit denen aus den alten Bundesländern weitgehend abgeschlossen - die Volkssolidarität ist beispielsweise Mitglied des »Deutschen

Paritätischen Wohlfahrtsverbandes« (eines der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik), die fünf neuen Landessportbünde sind mit ihren Vereinen in den Deutschen Sportbund (DSB) eingegangen. Auch die Bildung neuer Organisationen vollzieht sich nicht mehr mit einer Dynamik wie im Jahre 1990. Dennoch bestehen viele Unklarheiten, die sowohl mögliche Ansprechpartner einzelner Organisationen, ihr Leistungsspektrum als auch ihr Profil betreffen. Mit Finanzierungsproblemen haben selbst solche Organisationen wie die Volkssolidarität (Anspruchsrecht auf Zuschüsse) zu tun.

Die folgenden Darstellungen beschränken sich auf die Bildung von Vereinen, da hierzu erste empirische Analysen über Eintragungen in den Vereinsregistern möglich waren.

Ohne daß gegenwärtig exakte Zahlen zur Verfügung stehen, kann die Zahl der eingetragenen Vereine in den neuen Bundesländern und Ostberlin nach der Analyse verschiedener Vereinsregister auf etwa 20 000 bis 25 000 geschätzt werden. Zum Teil wird allerdings bereits die Zahl der Sportvereine mit über 10 000 angegeben, so daß dann die Gesamtzahl der Vereine bei über 30 000 liegen dürfte. Der Analysebasis - Vereinsregister - muß dabei eine recht unterschiedliche Qualität bescheinigt werden. Angaben über den Zeitpunkt der Gründung eines Vereins, etwa durch Datumsangaben zur Annahme des Statuts oder der Satzungen, waren nicht in jedem Fall ersichtlich. Mitte 1990 waren in Ostberlin über 100 damals DDR-weit organisierte Vereinigungen registriert. Mit diesen und den insgesamt über 2000 eingetragenen Vereinen erreicht Berlin einen Spitzenwert, dessen Ursachen in der Bevölkerungskonzentration und ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung (hoher Anteil von Personen mit Hoch- oder Fachschulabschluß) ebenso zu sehen sind wie in den Auswirkungen der ehemaligen zentralistischen Strukturen (Sitz der Zentrale von Vereinen und Verbänden). Inwieweit als weiterer Faktor das Vorhandensein besonderer Problemlagen mitwirkt, bleibt eher dahingestellt.

Das Vereinsregister von Potsdam (als Stadtkreis) verfügte Ende Januar 1991 über 370 Eintragungen. Das Vereinsregister von Cottbus (Stadtkreis) Ende März über 275 Eintragungen. In den bevölkerungsarmen, strukturschwachen Gebieten des Landes Mecklenburg/Vorpommern ist die Zahl der eingetragenen Vereine weitaus geringer. Die Register zweier Kreise (Teterow und Malchin) wiesen Mitte Februar 1991 lediglich 65 bzw. 67 Eintragungen auf. Bezogen auf die Bevölkerungszahlen ergeben sich Durchschnittswerte mit einer relativ großen Spannweite von weniger als 400 bis fast 600 Einwohner je Verein. Die vorhandenen Differenzierungen lassen jedoch nicht eindeutig auf den Einfluß von Bevölkerungsdichte und anderer regionaler Ursachen schließen.

Die Analyse der Aufgaben bzw. der Tätigkeitsstruktur der Vereine zeigt

eine Dominanz von Interessenverbänden, die bereits vor 1990 in irgendeiner Form organisatorischen Zusammenhalt hatten. Das betrifft vor allem Sparten des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, die sich als eingetragener Verein konstituiert haben, sowie Sportvereine auf lokaler und regionaler Ebene - sie waren vor 1990 im DTSB und stärker auf betrieblicher Ebene organisiert. Hervorzuheben ist, daß Berufs- und Wirtschaftsverbände besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1990 in stärkerem Umfang entstanden. Überdurchschnittlich vertreten sind ebenfalls Vereine im Bereich der Kinderhilfe bzw. des Kinderschutzes sowie im Rahmen der Völkerverständigung und Friedensbewegung. Organisationen, die im Sozial- und Gesundheitsbereich tätig werden wollen, fehlen besonders in den strukturschwachen Gebieten fast völlig.

Von besonderem Stellenwert sind die Aktivitäten zur Bildung von Vereinen, die sich spezifischen sozialen Problemlagen widmen und mit der Interessenvertretung der Betroffenen befassen. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise der Arbeitslosenverband und Allgemeine Behindertenverband in Deutschland zu nennen, die über Landes- und Kreisverbände in den neuen Bundesländern und Ostberlin verfügen.

Gegenwärtig setzt ein verstärkter Trend zur Bildung von Aus- und Weiterbildungs- sowie Beschäftigungsgesellschaften ein. Durch ihre Bildung wird versucht, den enormen Problemen auf dem Arbeitsmarkt durch entsprechende Eigeninitiativen zu begegnen.

Die gegenwärtige Lage auf dem Nonprofit-Sektor ist Ausdruck der vorhandenen gesellschaftlichen Dynamik in den neuen Bundesländern. Die Bildung von Vereinen und deren Arbeit ist nicht nur eine Möglichkeit zur Artikulierung und Durchsetzung von Interessen der Menschen. Neben den Leistungen, die mit entsprechenden Organisationen im sozialen Bereich erbracht oder effizient verteilt werden, kann ihre Aktivität gleichzeitig ein wesentliches Mittel zur Selbsthilfe sein, das mithilft, die vielfältigen sozialen Probleme zu mildern oder zu lösen.

Für die Arbeit der Nonprofit-Organisationen ist deshalb schnelle und effiziente Unterstützung in der gegenwärtigen Aufbau-, Formierungs- und Konsolidierungsphase seitens der Verwaltung unerlässlich. Diese kann sich nicht nur auf die Bereitstellung finanzieller Mittel beschränken, sondern muß in der gegenwärtigen Phase und unter den vorhandenen Bedingungen gleichzeitig gewisse Funktionen in der Koordinierung von Aktivitäten zwischen Verwaltung und diesen Organisationen, wie auch zwischen den noch oft »nebeneinander« arbeitenden Organisationen einschließen. Nicht zuletzt sind gezielte Forschungen zur Entwicklung des Nonprofit-Sektors angebracht. Sie sollten nicht nur den wissenschaftlichen Erkenntnisbedarf decken helfen und theoretischen Ansprüchen genügen, sondern gleichzeitig weiteren Handlungsbedarf sichtbar machen.